

## Pressemitteilung

### **Kekowi fordert Fraktionen auf: Jetzt Gegengutachten beauftragen!**

**Wiesbaden, 31.01.08.** Auf ihrer letzten, wie immer gut besuchten Versammlung am 30.01.2008 hat die Bürgerinitiative „Kein-Kohlestrom-Wiesbaden“ (KeKoWi) den einstimmigen Beschluss gefasst, alle Fraktionen des Wiesbadener Stadtparlaments dringend aufzufordern, sofort Gegengutachten zum Genehmigungsantrag der KMW für den geplanten Bau eines Kohlekraftwerks zwischen Mainz und Wiesbaden in Auftrag zu geben:

„Es wird Zeit – die Zeichen sind eindeutig und unübersehbar, zugleich tickt die Uhr!“ erläuterte Meinrad v. Engelberg, Sprecher der B.I.: „Worauf soll man noch warten? Wiesbadener Stadträtinnen von CDU und den Grünen haben gestern gemeinsam eine vierzigseitige, offizielle Einwendungsschrift der Stadt gegen das Projekt vorgestellt und bereiten, falls nötig, eine Klage vor. Die Stadt Hochheim und der Rheingau-Taunus-Kreis denken genauso. Und in der Bevölkerung bahnt sich ein Proteststurm an: Unsere Mitglieder haben an einem einzigen Wochenende allein in Schierstein über 1000 Einwendungen gesammelt.“

Die Notwendigkeit von Gegengutachten ergibt sich laut KeKoWi aus den zahlreichen Mängeln, die inzwischen von Experten in den Antragsunterlagen aufgedeckt wurden: So werden die Abgase des benachbarten Müllheizkraftwerks ebenso wenig berücksichtigt wie die Lärmemissionen des Gasblocks. Nach Ansicht des renommierten Experten Peter Gebhardt, Ingenieur für Umweltschutztechnik und Gutachter für Genehmigungsverfahren, der seine Kritik am 29.01.2008 im überfüllten Mainzer Rathaus vorstellte, müsste der Schornstein aus Luftschutzgründen mindestens 180 m Höhe erreichen, was zugleich den Schaden für das Landschaftsbild noch unerträglicher machen würde. Die KMW habe zudem ein Berechnungsverfahren gewählt, das die Immissionsmengen auf dem Papier minimiere und das unbedingt von unabhängigen Gutachtern überprüft werden müsse. Die häufigen Inversionswetterlagen, in denen sich mangels Wind eine Nebel- und Abgasglocke über Mainz und Wiesbaden bildet, seien noch gar nicht berechnet. Bei Wind wären dagegen die scheinbar weit entfernten Stadtteile des Wiesbadener Osten wie Igstadt, Kloppenheim, Nordenstadt und Erbenheim die Hauptbetroffenen: „Die ahnen noch gar nicht, was Ihnen da droht!“ mutmaßt v. Engelberg.

KeKoWi wird bis zum 15.02.2008, dem Ende der Einwendungsfrist, weiter möglichst viele Einwendungen sammeln und die Genehmigungsbehörde somit über die Ablehnung in der Bevölkerung informieren. Engelberg abschließend: „Aber wir haben als Einzelne weder die Mittel noch die Möglichkeit, selbst diese Gutachten zu beauftragen. Da sind unsere gewählten Vertreter in der Pflicht. Wer E wie Einwendung sagt, muss auch G wie Gegengutachten sagen. Wenn alle politischen Mittel versagen, muss man an Justiz und unabhängige Wissenschaft appellieren. Die Bürger werden sich freuen, wenn sie in diesem Falle einmal sehen, dass ihre gewählten Vertreter ihnen einig und entschlossen zur Seite stehen: Die Stadtverordneten müssen nur die Konsequenzen aus ihrem Beschluss vom 10.05.2007 ziehen, in dem es wörtlich heißt: *„Es sollen ferner alle für die Stadt Wiesbaden rechtlich relevanten Maßnahmen gegen das Bauvorhaben innerhalb des Genehmigungsverfahrens geprüft und gegebenenfalls eingeleitet werden.“* Dann leitet mal ein, die Bürger warten auf Taten!“

Das erste öffentliche Zusammentreffen der beiden Kontrahenten KMW und KeKoWi findet am Aschermittwoch, dem 06.02.2008 um 19.00 Uhr in der Oberwallufer Turnhalle (Mühlstraße) statt. Am 07.02.2008 wird dann die Wiesbadener Ärzteinitiative ab 19.30 Uhr im Biebricher Bürgersaal in der Galatea-Anlage die über Gesundheitsgefahren informieren.